



**Klaus Mack**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Abgeordneter des Wahlkreises Calw/Freudenstadt

## Pressemitteilung

### Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 030/22 72981

Fax: 030/22 23 72981

E-Mail: [Klaus.Mack@bundestag.de](mailto:Klaus.Mack@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro / Pressekontakt

Kernerstraße 211/1

75323 Bad Wildbad

Telefon: 07081/9570606

E-Mail: [klaus.mack.wk@bundestag.de](mailto:klaus.mack.wk@bundestag.de)

Website: [www.klausmack.de](http://www.klausmack.de)

## EU-Parlament bewertet den Schutzstatus des Wolfes neu

### *Interfraktioneller Entschließungsantrag zum Schutz der Viehwirtschaft und der Großraubtiere in Europa verabschiedet*

Brüssel/Berlin. Das Europäische Parlament hat heute einen gemeinsamen Entschließungsantrag zum Schutz der Viehwirtschaft und der Großraubtiere in Europa beschlossen ([https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2022-0503\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2022-0503_DE.html)).

Dazu erklären die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Anja Weisgerber und der zuständige Berichterstatter Klaus Mack:

Weisgerber: „Wenn jetzt der Schutzstatus des Wolfes von den EU-Parlamentariern neu bewertet wird, kann sich die EU-Kommission und die Bundesregierung nicht länger hinter den geltenden Vorgaben verstecken. Bundesumweltministerin Lemke sollte auf ihre grünen Kolleginnen und Kollegen in Brüssel hören. Im Sinne der vielen Weidetierhalter müssen jetzt Taten folgen. In Deutschland benötigen wir dringend ein aktives Bestandsmanagement, um die Akzeptanz des Wolfes in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft zu sichern.“

Mack: „Ich begrüße den Antrag der Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament. Jetzt gilt es, den Ball aus Brüssel aufzugreifen. Die Bundesregierung hat bislang argumentiert, dass eine Regelung des Wolfsbestands in Deutschland mit EU-Recht nicht vereinbar sei. Dem haben die EU-Parlamentarier nun eine deutliche Absage erteilt.“

Hintergrund:

Große Raubtiere, insbesondere Wölfe stellen eine zunehmende Gefahr für den ländlichen Raum dar. Die Wolfspopulation ist drastisch gestiegen. Trotzdem steht der Wolf nach wie vor unter strengem Schutz. Die Weidetierhaltung ist dadurch vielerorts in Gefahr und damit der Erhalt der biologischen Vielfalt in offenen Landschaften.

Das Europäische Parlament will die Koexistenz von Mensch, Weidetierhaltung und Großraubtieren verbessern. Der Schutzstatus von Wölfen soll neu bewertet werden. In einem interfraktionellen Antrag wiesen die beteiligten Parteien heute in Brüssel darauf hin, dass beispielsweise die Population des Wolfes grenzüberschreitend betrachtet werden müsse. In Europa sei die Population des Wolfes in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent gestiegen. Der Erhaltungszustand derselben Population dürfe im einen Mitgliedsstaat nicht anders bewertet werden, als im anderen.

Das Europäische Parlament machte deutlich, dass Großraubtiere grenzüberschreitend erfasst, bewertet und überwacht werden sollen. Schäden, die durch Großraubtiere entstehen, sollen ebenfalls einheitlich erfasst und dokumentiert werden. Einheitliche Leitlinien sollen erarbeitet werden, um Landwirten und Großschutztieren ein Überleben zu sichern und Schäden auszugleichen. Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, bestehende Regelungen zu nutzen, um eine Koexistenz von Landwirten und Raubtieren zu ermöglichen. Insbesondere wird auf die Möglichkeit verwiesen, dass „selektiv und im beschränkten Ausmaß, die Entnahme einer spezifizierten Anzahl bestimmter Tiere“, also auch von Wölfen, möglich ist.

*2.839 Zeichen inklusive Leerzeichen*